

## **Cerwenka: Studiengebühren: Das Ende des freien Bildungszuganges**

Utl.: FP und VP bauen eifrig an einer Zwei-Klassen-Gesellschaft weiter=

St. Pölten, (SPI) - Der gestrige Ministerratsbeschluss der blauschwarzen Bundesregierung bedeutet ein jähes Ende des freien Bildungszuganges. Seit Jahrzehnten sind wir auf unser österreichisches Bildungswesen mit gutem Recht stolz. Junge Leute, gleichgültig ihrer Herkunft und der finanziellen Situation ihrer Eltern, haben sich in unserem Land auf eine Chancengleichheit verlassen können. Dies soll nun alles anders werden. 5.000 Schilling an Studiengebühren pro Semester, 10.000 Schilling im Jahr, müssen nun an den Finanzminister für einen Unversitätsbesuch bezahlt werden. "Eine drastische Maßnahme, die dazu führen wird, dass sich künftig nur mehr die Töchter und Söhne von Eltern, die es sich leisten können oder Studenten mit einem Nebenjob ein Studium leisten können. Nicht die Intelligenz oder Fleiß werden dann die Kriterien für ein Studium sein, sondern einzig und allein die Dicke der Geldbörse - und das alles, obwohl Österreich schon jetzt bei der Akademikerquote dem europäischen Durchschnittswert stark hinterherhinkt", zeigt sich der Bildungssprecher der NÖ Sozialdemokraten LABg. Helmut Cerwenka über die Verantwortungslosigkeit der Bundesregierung bestürzt.\*\*\*\*

Zu den schon ohnehin schwierigen Bedingungen rund um das Studieren, wird den Studentinnen und Studenten mit der Einführung von Studiengebühren das sprichwörtliche Messer an die Brust gesetzt. Für die blauschwarze Regierung sind die Einnahmen aus Studiengebühren nur ein weiterer Bestandteil für ihre Budgetkosmetik. Oft wird gerechtfertigt, dass in vielen anderen Ländern der Welt Studiengebühren nichts Außergewöhnliches sind. Gerade in diesen Ländern gibt es allerdings einige wenige Eliteuniversitäten, die nur den reichsten Sprößlingen zur Verfügung stehen. Der Großteil der Studentinnen und Studenten müssen entsprechend ihrem finanziellen Background auf Universitäten mit geringer oder schlechter Reputation ausweichen, auch Studiengebühren entrichten und nach abgeschlossenem Studium um eine gute Anstellung bangen. "Das wollen wir in Österreich sicherlich nicht und deshalb stehen wir Sozialdemokraten für die Fortsetzung des freien Hochschulzuganges. Anstatt Maßnahmen zur Verbesserung der Studienbedingungen zu treffen, wie beispielsweise ein sozial gerechtes Stipendienwesen auszuweiten, Investitionen in

die Ausstattung der Universitäten bereitzustellen, Raumkapazitäten zu erweitern oder attraktivere Angebote für berufstätige Studentinnen und Studenten zu konzipieren, wird die universitäre Bildung mit finanziellen Zugangsbeschränkungen ausgehöhlt. Wir Sozialdemokraten lehnen eine solche Entwicklung mit Vehemenz ab und werden auf allen Ebenen für eine Rücknahme dieser völlig inakzeptablen Maßnahme arbeiten", so der Bildungssprecher der NÖ Sozialdemokraten abschließend.

(Schluss) as/fa

Rückfragehinweis: Landtagsklub der SPÖ NÖ

Tel: 02742/200/2794

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS \*\*\*

OTS0225 2000-09-20/12:54

201254 Sep 00

Link zur Aussendung:

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20000920\\_OTS0225](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20000920_OTS0225)